



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

Gewerkschaft der Polizei • Stromstr. 4 • 10555 Berlin

Bundesministerium des Innern und für Heimat
Frau Bundesministerin Nancy Faeser
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Jochen Kopelke
Bundesvorsitzender

Stromstr. 4
10555 Berlin
Telefon 030 399921-0
Telefax 030 399921-29211
Mobil 0151 40704611
jochen.kopelke@gdp.de
www.gdp.de

Dienstunfallfürsorge für Beamtinnen und Beamte mit „nichtehelicher Familie“

10.01.2025
jk

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Faeser,

der mutmaßlich auf einen Mord zurückgehende Tod unseres Kollegen der Gemeinsamen Fahndungsgruppe von sächsischer Landespolizei und Bundespolizei hat uns gemeinsam tief erschüttert, aber auch erneut die Frage der Versorgung der Familien von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bei sogenannten „qualifizierten Dienstunfällen“ auf die Tagesordnung gehoben.

Der getötete Kollege lebte mit Kindern und seiner Lebenspartnerin als „unverheiratete Familie“ zusammen, mit gemeinsamer Erziehung und Betreuung der Kinder und einer Wirtschaftsgemeinschaft mit gemeinsamem Unterhalt. Dieses Lebensmodell dürfte auch auf unzählige weitere Beamtinnen und Beamte der Polizeien des Bundes und der Länder zutreffen. Wir wissen aus einer Untersuchung der TU Chemnitz zur Berufszufriedenheit der Bundespolizei, dass nur knapp 64 Prozent der Beamtinnen und Beamten in einer Ehe oder eingetragenen Lebenspartnerschaft leben, der Anteil derer, die in anderen Lebensformen gleichsam Familien bilden, mithin sehr hoch ist.

Die GdP kritisiert seit langem die Benachteiligung von sogenannten „unverheirateten Familien“ getöteter Polizistinnen und Polizisten des Bundes und der Länder bei der Gewährung von Versorgung und Unfallausgleich, insbesondere, wenn es sich um einen Tod infolge eines „qualifizierten Dienstunfalls“ handelt. Denn obwohl der gewaltsame Tod des Kollegen die gesamte Familie auch wirtschaftlich ganz erheblich trifft, ist die Lebensgefährtin sowohl von einer Versorgung mit Witwengeld oder Unterhaltsbeitrag (§ 21 SächsBeamtVG/§ 19 BeamtVG) als auch von der einmaligen Unfallentschädigung (§ 47 SächsBeamtVG/§ 43 BeamtVG) ausgeschlossen.

Bankverbindung
Commerzbank Hilden
IBAN DE60 3004 0000 0630 4133 00
BIC COBADEFFXXX

Die Gewerkschaft der Polizei hat dies bereits in einem Schreiben vom 22. April 2022 an den damaligen Vorsitzenden der Innenministerkonferenz, Herrn Joachim Hermann, kritisiert, ohne dass von der IMK jemals ein Gesprächsangebot dazu kam. Nach Auffassung der GdP kann der Bund indes eine Vorreiterrolle für eine versorgungsrechtliche Änderung einnehmen. Dies auch, weil auch eine Bundespolizistin oder ein Bundespolizist, ein BKA- oder Zollbeamter jederzeit Opfer einer solchen mörderischen Tat sein könnte.

Der Gesetzgeber hat dem Dienstherrn auferlegt, im Rahmen des Dienst- und Treueverhältnisses für das Wohl der Beamtinnen und Beamten und ihrer Familien zu sorgen (§ 78 BBG). Unter den Begriff der Familie fällt indes nicht nur die sogenannte „verheiratete Familie“; es ist keine Berechtigung erkennbar, den Familien ein unterschiedliches Maß an Fürsorge angedeihen zu lassen, denn das Institut der Familie setzt die Ehe nicht voraus.

Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EGMR) beschränkt sich der Begriff der "Familie" in Art. 8 EMRK nicht auf Beziehungen, die auf einer Ehe beruhen, sondern schließt auch faktische "Familienbande" ein, wenn die Parteien nichtehelich zusammenleben. In der EGMR-Entscheidung VAN DER HEIJDEN v. THE NETHERLANDS, Az.: 42857/05 vom 3.4.2012 wurde festgestellt, dass sich der Begriff des Familienlebens im Sinne von Art. 8 EMRK, der das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens beinhaltet, nicht auf die durch die Ehe begründete Familie beschränkt, sondern auch Beziehungen beinhaltet, die faktisch entstanden sind. Den Staat trifft dort, wo ein Familienband zu einem Kind besteht, die Verpflichtung, so zu handeln, dass dieses Band sich entwickeln kann (EGMR FamRZ 2008, 377, 378). Die tatsächliche Lebens- und Erziehungsgemeinschaft von Eltern mit Kindern ist als Familie durch Art. 6 Abs. 1 GG geschützt, unabhängig davon, ob die Eltern verheiratet sind oder nicht.

Weil das Familiengrundrecht auf den Schutz der spezifisch psychologischen und sozialen Funktion familiärer Bindungen zielt, setzt der Grundrechtsschutz den Bestand rechtlicher Verwandtschaft nicht voraus. Der Schutz der Familie nach Art. 6 Abs. 1 GG reicht insofern über das Elternrecht des Art. 6 Abs. 2 Satz 1 GG hinaus, als er auch Familiengemeinschaften im weiteren Sinne einbezieht, die als "soziale Familien" vom Bestehen rechtlicher Elternschaft unabhängig sind (BVerfG FamRZ 2013, 521, 525).

Vor diesem Hintergrund ist es weder verständlich noch akzeptabel, dass im Falle der Tötung einer Polizeibeamtin oder eines Polizeibeamten im Dienst die Familienmitglieder in „unverheirateten Familien“ unfall- und versorgungsrechtlich schlechter gestellt werden und Lebenspartnerinnen und -partner, mit denen die verstorbene Beamtin bzw. der verstorbene Beamte zwar in häuslicher Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaft und gegenseitiger (ggf. elterlicher) Sorge als Familie lebte, leer ausgehen, obwohl diese Lebensmodelle in der Besoldung bei der Bemessung des Familienzuschlages (Aufnahme eigener

– unehelicher - Kinder in ihre Wohnung oder der Kinder ihres Lebenspartners in ihren Haushalt) berücksichtigt werden.

Seelisch und wirtschaftlich betroffen vom gewaltsamen Tod einer Beamtin bzw. eines Beamten ist die ganze (engere) Familie, unabhängig davon, ob die Partner verheiratet waren; der aus den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums stammende Fürsorgeanspruch gilt auch für die gesamte „unverheiratete Familie“.

Die Gewerkschaft der Polizei möchte Sie, sehr geehrte Frau Bundesministerin Faeser, daher bitten, diese sachlich nicht gerechtfertigte Benachteiligung „unverheirateter Familien“ im Versorgungsrecht des Bundes zu beenden und – trotz der anstehenden Bundestagswahlen – noch durch eine Gesetzesinitiative zur Änderung der §§ 19, 43 BeamtVG ein klares Zeichen zu setzen, dass die Familien unserer im Dienst getöteten Kolleginnen und Kollegen unfall- und versorgungsrechtlich nicht allein gelassen werden, nur weil keine Ehe bestand. Zugleich bitte ich Sie, unser Anliegen in die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder einzubringen und in unserem Sinne für eine bundesweit einheitliche Regelung zu Gunsten der „unverheirateten Familien“ einzutreten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Kopelke', written in a cursive style.

Jochen Kopelke